

Behörden Spiegel newsletter

Digitaler Staat und Cyber Security



Nr. 1.137 Berlin und Bonn

03. August 2022



ISSN 1867-1993

Meldung

Breitband-Portal ist online

(BS) Seit gestern ist das im Rahmen der OZG-Umsetzung entwickelte [Breitband-Portal](#) online. Mit ihm wird sowohl die Beantragung als auch der Genehmigungsprozess im Bereich des Breitbandausbaus erheblich vereinfacht und beschleunigt.

Nach dem Einer-für-Alle-Prinzip (Efa) vereinigen die federführenden Länder Rheinland-Pfalz und Hessen zusammen mit der Metropolregion Rhein-Neckar (MRN) und der ekom21 in dem Portal entscheidende Vernetzungen, Werkzeuge und Vertragskonstellationen und verbessern das Zusammenspiel der Akteure im Gigabitusbau wesentlich. Telekommunikations- und Planungsunternehmen können nunmehr auf schnellere Bearbeitung durch Nutzung des Online-Antrags hoffen. Aktuell testen länderübergreifend Pilotkommunen das Antragsportal unter Realbedingungen.

Das Breitband-Portal ist eine "Software-as-a-Service"-Lösung, welche auf der Civento-Plattform läuft. Civento ist eine erweiterbare Prozessplattform mit vollständigem Dokumentenmanagementsystem und einer integrierten Zahlungskomponente für die vollständige digitale Abwicklung von Genehmigungsverfahren der öffentlichen Verwaltung und kommt bereits in mehreren Ländern zum Einsatz, bspw. in Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg.

Keine OZG-Leistung zum Kirchnaustritt

(BS) Verwaltungsleistungen von überall bequem beantragen und erledigen – ein Versprechen, für welches der Begriff des Mobile Governments steht. Damit die Bürgerinnen und Bürger von einem Mobile Government profitieren, kommt es darauf an, dass ihnen jene Leistungen digital zur Verfügung stehen, die besonders nachgefragt werden. Im Fokus



Einen Online-Dienst zum Kirchnaustritt wird es nach dem Willen der NRW-Landesregierung auch zukünftig nicht geben. Über die Gründe lässt sich spekulieren. Foto: BS/Wilhelm Bormann, [pixabay.de](#)

sollten also zunächst solche Leistungen stehen, die besonders hohe Nutzungszahlen generieren könnten.

Genau dies haben sich Bund und Länder mit der nun beschlossenen Priorisierung bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) eigentlich auch vorgenommen. Nun werden zunächst genau solche Leistungen digitalisiert, die eine möglichst große Breitenwirkung haben. Doch ein Beispiel aus Nordrhein-Westfalen zeigt, dass auch andere Interessen bei der Entscheidung, welche Leistungen digitalisiert werden und welche nicht, eine Rolle spielen.

Das Land NRW hat bei der OZG-Umsetzung die Themenfeldführung beim Themenfeld "Engagement und Hobby" inne. Dazugehört auch der Service "Kirchnaustritt". Hierbei handelt es sich um eine Verwaltungsleistung,

die nun schon seit mehreren Jahren immer stärker nachgefragt wird – getrieben unter anderem auch von zahlreichen innerkirchlichen Missbrauchsskandalen. Auf der Internetseite "onlinezugangsgesetz.de", betrieben vom Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI), wird der Kirchnaustritt auch als Umsetzungsprojekt aufgeführt. Doch offensichtlich hat man die Rechnung ohne NRW gemacht. Vergangenen Monat stellte sich heraus, dass das Bundesland nicht vorhat, sich der Umsetzung zu widmen. Andere Bundesländer, welche auf die digitale Leistung im Sinne des Einer-für-alle-Prinzips warten, tun dies vergeblich.

Dabei scheint eine Digitalisierung der Leistung schon auf den ersten Blick sehr

Fortsetzung auf Seite 2

Inhalt/Themen

Die Dimension CIR stellt sich vor3

Bavarian Green Data Center4

Start Up-Strategie des Bundes5

E-Payment bei Kommunen11

NORDL@NDERDIGITAL
Verwaltung der Zukunft in SH, HH, HB, MV, NI
5. SEPTEMBER 2022 | ROSTOCK
www.nordlaender-digital.de | [#diginordland](https://twitter.com/diginordland)
Eine Veranstaltung des **Behörden Spiegel**

Fortsetzung von Seite 1

sinnvoll. Zurzeit, so erklärt es das Justizministerium Nordrhein-Westfalen, muss der Austrittswillige den Austritt mündlich beim Amtsgericht oder schriftlich in öffentlich beglaubigter Form erklären. Wozu dies in der Praxis führt, konnte man in den vergangenen Monaten landauf, landab beobachten: Überlastete Amtsgerichte und frustrierte Bürger, die monatelang auf einen Austrittstermin warten müssen, während sie gezwungenermaßen weiter Kirchensteuer zahlen. Ein Austritt über einen digitalen Antrag, zum Beispiel auf Smartphone oder Tablet, könnte also für echte Effizienzgewinne sorgen und den Menschen zeigen, welche Vorteile Mobile Government auch in ihrem Alltag haben kann.

“Rechtlich unmöglich”

Die Landesregierung begründet ihre Entscheidung auch gegenüber dem Behörden Spiegel damit, dass die Digitalisierung des Kirchenaustritts “rechtlich unmöglich” sei, weil es eine Vorschrift zum persönlichen Erscheinen des Bürgers gebe. Das OZG verpflichte die Landesregierung nicht, dementsprechende Vorschriften zu ändern. Heißt aber im Umkehrschluss: Wäre bei der Landesregierung ein entsprechender Wille vorhanden, könnte sie die Gesetzeslage durchaus anpassen.

Dass dies offensichtlich nicht der Fall ist, verwundert beim Betrachten des neuen Koalitionsvertrages mit dem ambitionierten Titel “Zukunftsvertrag”, den CDU und

Grüne erst Ende Juni unterzeichnet haben, außerordentlich. Dort heißt es: “Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern Verwaltungsleistungen niedrigschwellig, digital, zu jeder Zeit und sicher zur Verfügung stellen.” Dafür wolle man auch die “rechtlichen Rahmenbedingungen” schaffen. Dementsprechend schmallippig reagiert der grüne Koalitionspartner auf die Entscheidung der christdemokratisch geführten Staatskanzlei, die offensichtlich den Inhalten des “Zukunftsvertrags” widerspricht. Als Grüne unterstütze man das Anliegen, “mit dem Kirchenaustritt einhergehende bürokratische Hürden zu verringern”, erklärt eine Sprecherin der Landtagsfraktion. Grundsätzlich könne die Bereitstellung digitaler und niedrigschwelliger Verwaltungsleistungen den Alltag der Bürger deutlich erleichtern.

Deutliche Kritik aus der Opposition

Deutlicher bekundet die Partei ihren Unmut (noch) nicht, wohl auch um den Koalitionsfrieden der frisch geschmiedeten Allianz zu wahren. Für die Opposition hingegen ist die Entscheidung eine Steilvorlage. “Es ist ein fatales Signal für die Verwaltungsdigitalisierung, wenn sich die Landesregierung vom Leitgedanken des OZG, nämlich dass alle Verwaltungsleistungen auch in digitaler Form beantragt werden können müssen, verabschiedet und der bundesgesetzlichen Verpflichtung nicht nachkommen will”, sagt Angela Freimuth, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Sprecherin für Digitalisierung der FDP-Landtagsfraktion. Auch fachlich sei nicht nachvollziehbar,

warum der Kirchenaustritt von der OZG-Umsetzung ausgenommen werden solle, denn auch bei elektronischer Antragsstellung sei die Identität zuverlässig feststellbar. An Spekulationen über die Beweggründe der Landesregierung wolle man sich aber nicht beteiligen.

Trotzdem muss die Frage gestellt werden, warum sich die Staatskanzlei dafür entschieden hat, die Umsetzung der OZG-Leistung Kirchenaustritt nicht weiterzuverfolgen. Schließlich war die Gefahr, den neuen Koalitionspartner zu vergraulen und der Opposition ein gefundenes Fressen zu liefern, offensichtlich. Hatten die Kirchen also selbst einen Einfluss auf die Entscheidung?

Diese Vermutung liegt zumindest nahe. Für die Vertretung der kirchlichen Interessen sind in Nordrhein-Westfalen das Evangelische sowie das Katholische Büro zuständig. Auf Nachfrage bestätigt die Landesregierung auch, dass das Thema OZG und Kirchenaustritt “im Zuge der kontinuierlichen Gespräche zwischen der Staatskanzlei und den beiden kirchlichen Büros” erörtert worden sei. Beide hätten die Haltung der Landesregierung unterstützt.

Persönliche Erklärung erforderlich

Der Direktor des Katholischen Büros Nordrhein-Westfalen, Dr. Antonius Hamers, beschreibt den Vorgang allerdings etwas anders: Man habe bei der Landesregierung “dafür geworben, dass die persönliche Erklärung, wie sie das Kirchenaustrittsgesetz

Fortsetzung auf Seite 3

mgm | public sector

Digitale Transformation. Digitale Souveränität.

Wir helfen Bund, Ländern und Verwaltungen, ihre Bürger- und Unternehmensservices zu digitalisieren. Von der Antragsannahme im Portal bis zur digitalen Verwaltungsanwendung und Registermodernisierung.

A12
Enterprise
Low Code

 **mgm**

www.mgm-tp.com

Fortsetzung von Seite 2

NRW vorsieht, beibehalten wird". Ein Kirchengaustritt habe andere Rechtsfolgen als der Austritt aus einem Verein, beispielsweise die Steuerpflicht. "Insofern halten wir es für erforderlich, dass die Erklärung persönlich erfolgt, um sicherzustellen, dass sie tatsächlich vom jeweiligen Kirchenmitglied abgegeben wird und auch dessen Willen entspricht", ergänzt Hamers.

Somit ist klar, dass zumindest die Meinung des Katholischen Büros bei der Landesregierung stärker ins Gewicht fällt als das Interesse an einer vollständigen OZG-Umsetzung. Dies mag auch an persönlichen Verbindungen liegen, welche zwischen der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei und den Kirchen bestehen. So gilt beispielsweise Nathanael Liminski, neuer NRW-Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien, als wertkonservativ und bestens vernetzt innerhalb der katholischen Kirche. Er gründete unter anderem das innerkirchliche Netzwerk "Initiative Pontifex" mit. Der CDU-Politiker war unter der Vorgängerregierung Chef der Staatskanzlei. Im Gegensatz zum Zielpunkt der vollständigen Verwaltungsdigitalisierung ist der Weg zwischen Regierung und Kirche in NRW kurz.

Die Dimension CIR stellt sich vor

(BS) Die Aufstellung des Cyber- und Informationsraums als eigenständigem militärischen Organisationsbereich war 2017, sie unterstreicht die Bedeutung, die der Führungsfähigkeit, der Informations- und Kommunikationstechnologie sowie deren Enablern im militärischen Bereich zukommt. Nun sind Anpassungen in Aufbau und Struktur des milOrgBer Cyber- und Informationsraum (CIR) notwendig, um einerseits die ersten Erfahrungen zu berücksichtigen und andererseits der Durchdringung mit und Notwendigkeit zur IT-gestützten Führung Rechnung zu tragen. Wie diese neue Struktur aussieht und wie die Digitalisierung der Bundeswehr fortgeführt werden soll, darüber sprachen prominente Redner bei der Online-Veranstaltung des Behörden Spiegel "Defence Day: Die Dimension CIR stellt sich vor". "Es ist mir wichtig darauf hinzuweisen, dass wir im Cyber- und Informationsraum nicht nur aus wohltemperierten Bunkern oder Gebäuden unseren Auftrag erfüllen, sondern natürlich genauso wie die Kameradinnen und Kameraden aus anderen Dimensionen auch



Moderator Generalmajor a.D. Reinhard Wolski im Gespräch mit Generalmajor Jürgen Setzer, Stellvertreter des Inspektors CIR und CISO Bundeswehr. Screenshot: BS/D. Frank

ganz vorne unseren Auftrag erfüllen", sagte Generalmajor Jürgen Setzer, Stellvertreter Inspekteur CIR und CISO Bundeswehr. "Das heißt Einsatz an vorderster Front. Das heißt Ausbildung für diesen Einsatz in allen Ausprägungen, die zur Auftragerfüllung auf dem Gefechtsfeld inklusive Überleben auf dem Gefechtsfeld erforderlich sind. Ein Beispiel für das hohe Niveau der Soldatinnen und Soldaten des CIR seien beispielsweise jene EloKa-Kräfte, welche das KSK bei seinen Aufträgen unterstützen. Das CIR besteht nicht aus Nerds, die irgendwo ihren Auftrag erfüllen. Vielmehr würde bereits in Ausbildung und Übung auf die Couleur-Verhältnisse geachtet.

Das Grüne Sofa: Nachwuchs vernetzen



Screenshot: BS/Rotthaus

(BS) Im Öffentlichen Dienst steht demnächst ein Generationenwechsel an. Wie wichtig die Vernetzung des Nachwuchses ist und was noch alles getan werden kann, um den Öffentlichen Dienst attraktiver für junge Menschen zu machen, erfährt Dr. Eva-Charlotte Proll im Gespräch mit Moritz Heuberger vom Nachwuchsnetzwerk N3GZ auf dem [Grünen Sofa](#).

KOBRA VS-Datenträger

Sichere Speichermedien für Behörden und geheimhaltungsbetonte Unternehmen

Externe verschlüsselte Festplatten und USB-Sticks mit BSI-Zulassung für staatliche Verschlusssachen bis

- VS-NfD
- EU RESTRICTED
- NATO RESTRICTED

Erhältlich im KdB (Kaufhaus des Bundes) RV-Nr. 21413



KOBRA Stick VS bis zu 500GB
KOBRA Drive VS bis zu 16TB

Tel.: +49 (0) 345/ 2317353, E-Mail: info@digittrade.de, www.digittrade.de

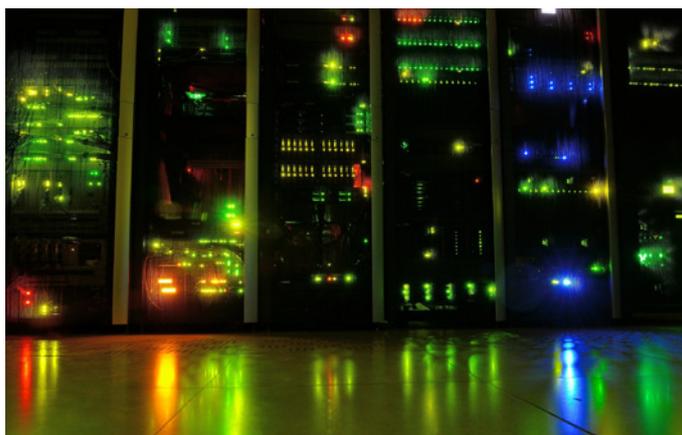
Bavarian Green Data Center

(BS) Vor dem Hintergrund von Energiemangel und Klimawandel entwickelt man in Bayern im Rahmen des Projektes "Bavarian Green Data Center" ein innovatives, klimaneutrales Rechenzentrum. Dabei werden verschiedene Technologien zusammengeführt: Auf dem Dach des Rechenzentrums erzeugt eine Photovoltaikanlage Strom für den Betrieb der Server. Deren Abwärme wird wiederverwertet und unter anderem für Urban Gardening genutzt. Mit dem Projekt sollen Möglichkeiten erforscht werden, Rechenzentren, ihren Energieverbrauch und

die Nutzung ihrer Abwärme so aufzustellen, dass sie zukünftig klimaneutral oder sogar klimapositiv arbeiten können.

Bayerns Digitalministerin Judith Gerlach erklärte: "Wir müssen unseren Energieverbrauch deutlich reduzieren. Das gilt auch und gerade für den Einsatz von IT und den stetig wachsenden Bedarf an Rechenkapazität. Technologie kann hier Lösungen bieten. Das 'Bavarian Green Data Center' ist ein Leuchtturmprojekt, das gut ist fürs Klima und für die digitale Transformation."

Das Bayerische Staatsministerium für Digitales errichtet das klimaneutrale Zentrum in Kooperation mit der Universität Passau auf dem Campus der Universität. Der Strombedarf soll durch größtmögliche Nutzung von erneuerbaren Energien gedeckt werden. Dafür werden die vorhandenen Oberflächen des Gebäudes mit Photovoltaik aus-



Die wachsende Nachfrage nach Rechenleistungen führt zu einem stetig steigenden Energieverbrauch der Rechenzentren.

Foto: BS/kewl/pixabay.com

gestattet. Da der größte Teil der Energie bei Rechenzentren als Abwärme verloren geht, liegt einer der Schwerpunkte des Konzepts auf der effektiven Nachnutzung der Abwärme. Sie soll für den Anbau von CO₂-absorbierenden Pflanzen in einem mit dem Gebäude verbundenen Gewächshaus genutzt werden.

Das "Bavarian Green Data Center" wird neben dem Sportzentrum der Universität Passau entstehen. Unter anderem soll erforscht werden, ob und wie durch intelligente Planung der Rechenlast für Künstliche-Intelligenz-Server Kohlendioxid eingespart werden kann und wieviel CO₂-Absorption im Gardening-Bereich durch verschiedene Bepflanzung möglich ist.

Die Universität Passau verfügt als Projektpartner bereits über einschlägige Erfahrungen. Schon seit rund 30 Jahren nutzt die

Universität ihre Abwärme und setzt Technik zur regenerativen Energiegewinnung ein, um Heizen, Kühlen und Lüften nachhaltig zu gestalten.

Darüber hinaus bestehen erste Erfahrungen mit innovativen Urban-Gardening-Modellen und etablierte Strukturen im Bereich der Nachhaltigkeit, auf die die Universität Passau zurückgreifen kann.

Die wachsende Nachfrage nach Rechenleistungen führt zu einem stetig steigenden Energieverbrauch der Rechenzentren. Der jährliche Energiebedarf deut-

scher Rechenzentren betrug 2020 rund 16 Milliarden Kilowattstunden – gegenüber rund 10 Milliarden Kilowattstunden in 2010. Energieeffiziente Rechenzentren wie das "Bavarian Green Data Center" können daher wesentlich zu Ressourceneffizienz und Klimaschutz beitragen.

Die Notwendigkeit zum Ressourcensparen hat gerade das Global Footprint Network wieder belegt. Nach den Berechnungen der renommierten, international tätigen Non-Profit-Organisation hat die Menschheit bereits Ende Juli alle biologischen Ressourcen verbraucht, die die Erde im Laufe eines Jahres regeneriert.

Auch die Bayerische Staatsregierung hat sich deshalb die Reduzierung des Ressourcenverbrauches zum Ziel gesetzt. Bis spätestens 2040 will sie in Bayern Klimaneutralität erreichen.

23. OEV SYMPOSIUM NRW

24. AUGUST 2022

DIGITAL.NORMAL –
Einblicke in den digitalen Behördenalltag

CCD Congress Center Düsseldorf

Jetzt anmelden:
www.oev-symposium.de

MATERNA
INFORA

Beauftragter der Landesregierung
Nordrhein-Westfalen
für Informationstechnik (CIO)

Deutschland zur Gründerrepublik machen

(BS) Erstmals wurde von einer Bundesregierung nun eine umfassende Start Up-Strategie beschlossen. Ziel der Strategie ist, die Start Up-Ökosysteme in Deutschland und Europa zu stärken. Bitkom-Präsident Achim Berg sieht jedoch noch weiteren Verbesserungsbedarf.

Nach dem Kabinettsbeschluss soll nun die Umsetzung der Maßnahmen schnellstmöglich beginnen. Laut Robert Habeck, dem Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, sei die Start Up-Strategie der Bundesregierung ein sehr wichtiges Signal für junge und innovative Unternehmen und stärke in Zukunft den Wirtschaftsstandort Deutschland und Europa. "Start Ups sind junge innovative Unternehmen, die wachsen wollen. Sie entwickeln neue Ideen und treiben Innovationen voran. Start Ups pushen uns in Richtung Zukunft. Wenn wir die Bedingungen für Start Ups in Deutschland und Europa verbessern, stärken wir gleichzeitig unseren Wirtschaftsstandort", so Habeck.

Zukunftsfinanzierungsgesetz geplant

Bundesfinanzminister Christian Lindner will noch einen Schritt weiter gehen und Deutschland zu einer Gründerrepublik machen. Dazu fehle es jedoch noch an wichtigen Rahmenbedingungen. "Als Bundesfinanzminister will ich die Finanzierungsmöglichkeiten verbessern. Dazu legen wir in Kürze ein Zukunftsfinanzierungsgesetz vor. Es soll Start Ups den Zugang zum Kapitalmarkt und die Aufnahme von Eigenkapital erleichtern", so Lindner.

Außerdem wolle er Bürokratie abbauen, damit sich Gründerinnen und Gründer besser auf ihre Projekte konzentrieren können.

Mehr als Absichtserklärungen

Auch Bitkom-Präsident Achim Berg begrüßt den neuen Start Up-Fahrplan der Bundesregierung, mahnt jedoch dazu, auf Worte nun Taten folgen zu lassen. An Absichtserklärungen und Einzelmaßnahmen, junge Tech-Unternehmen zu unterstützen, habe es auch in der Vergangenheit nicht gefehlt. "Jetzt müssen bei der Start Up-Förderung alle Ministerien an einem Strang ziehen, und das zeigt der heutige Beschluss. Die Start Up-Strategie bündelt wichtige Maßnahmen, mit denen wir deutsche Start Ups international auf Augenhöhe bringen können", erklärte Berg. Berg sieht mehrere Möglichkeiten, wie Start Ups gefördert werden können. So müsse den Gründerinnen und Gründern mehr Finanzmittel und Förderungen zur Verfügung gestellt werden, um deutsche Start Ups unabhängiger von ausländischen Kapitalgebern zu machen. Außerdem solle mit vereinfachten Visa-Prozessen die Zuwanderung von fehlenden Fachkräften erleichtert werden.

Kritisch sieht Berg, dass an einigen Stellen die Strategie hinter den Entwurf des Bun-



Deutschland soll interessanter für Start Up-Unternehmen werden. Zu diesem Zweck hat das Kabinett der Bundesregierung nun eine umfassende Start Up-Strategie beschlossen.

Foto: BS/Gerd Altmann, pixabay.com

deswirtschaftsministeriums fällt. So soll es zunächst keine Mindestinvestitionsquote in VC-Fonds für die private und gesetzliche Altersvorsorge geben. Stattdessen ist vorgesehen, dass der neue Wachstumsfonds Deutschland auch institutionelle Anleger ansprechen soll. "Damit die Start Up-Strategie ein Erfolg wird, genügt es nicht, sie zu beschließen. Erfolgsentscheidend wird ihre Umsetzung. Und an jenen Stellen, wo sie bislang noch zu vage ist und es an konkreten Maßnahmen fehlt, muss nachgeschärft werden", so Berg.

Über den Fortschritt der Start Up-Strategie will die Bundesregierung jährlich berichten. Darüber hinaus wird sie regelmäßig überprüfen, ob und wie die Strategie fortentwickelt werden sollte. Dabei wird sie weiter den Dialog mit allen relevanten Stakeholdern pflegen.

DIGITIZE PUBLIC SERVICES

Die Kongressmesse für
#digitaleverwaltung #smartcity #smartregion
18.—20.10.2022 | hub27 Berlin

smart country

convention

Verwaltung auf der grünen Wiese

Die kürzlich veröffentlichte Szenariostudie des Kompetenzzentrums Öffentliche IT (ÖFIT) fordert den Status quo der öffentlichen Verwaltung fundamental heraus. Mithilfe von vier alternativen Verwaltungswelten lässt sie einen uneingeschränkten Blick auf gegenwärtige technische und organisatorische Möglichkeiten für moderne und digitale Verwaltungen zu.

Was wäre, wenn wir entstandene Pfadabhängigkeiten der öffentlichen Verwaltung hinter uns ließen und ohne Weiteres neue Wege beschreiten könnten? Antworten auf diese Frage liefern vier alternative Szenarien, die auf Grundlage der heutigen Gesellschaft und der bestehenden technischen und organisationstheoretischen Möglichkeiten neue Verwaltungswelten entstehen lassen. Damit leisten sie einen Beitrag zur Erweiterung des Horizontes der Debatte um die Verwaltungsmodernisierung. Zusammen mit rund 20 Expert(inn)en entwickelte ÖFIT in einer dreiteiligen Workshopreihe die Szenarien, die nun neue Impulse für laufende und kommende Modernisierungsprozesse bieten sollen.

Die Workshops brachten vier Verwaltungsszenarien hervor, die unterschiedlicher nicht sein könnten. Losgelöst von historischen Pfadabhängigkeiten gelang es, die Verwaltung in neuen Extremen zu denken. Dafür nutzten die Workshops ein an die Szenariotechnik angelehntes Vorgehen, das systematisch mögliche Ausprägungen der neuen Verwaltungswelten erarbeitete und diese in kreativen Phasen mit Leben füllte. So sollten stimmige und plausible Bilder neuer Verwaltungswelten entstehen.

Eine Herausforderung bei der Erstellung der Szenarien war es, sich nicht von den eigenen Wünschen und dem Wissen um Hemmnisse leiten zu lassen, sondern eine Welt zu erschaffen, die in den betrachteten Parametern jeweils unterschiedliche Ausprägungen zu anderen Welten besitzt und



Was wäre, wenn wir entstandene Pfadabhängigkeiten der öffentlichen Verwaltung hinter uns ließen?

Foto: BS/Unsplash, Anisur Rahman

gleichzeitig in sich stimmig ist. So entstanden vier Welten, die von den Expert/innen auf die Namen Shareholder-Staat, Wohlfahrtsstaat 4.0, Verwaltungsautomat und kooperativer Staat getauft wurden.

Im Shareholder-Staat verstehen sich Bürger/innen als Miteigentümer/innen und Kund(inn)en, weshalb das Verwaltungshandeln durch einen ausgeprägten Effizienzgedanken bestimmt ist.

Der Wohlfahrtsstaat 4.0 setzt neben sozialstaatlichen Aspekten vollständig auf Innovation, um seinen Bürger(inne)n komplett digitale Prozesse zu bieten und diese durch kontinuierliche Datenanalyse zu verbessern.

Der Verwaltungsautomat versteht sich als Initiator öffentlicher Leistungen auf Basis umfangreicher Big-Data-Auswertungen von öffentlichen und Bürger/innen-daten. Die Ausführung staatlicher Leistungen soll dabei vor allem von Privatunternehmen übernommen werden.

Der kooperative Staat vertraut auf freiwilliges Engagement von Bürger/innen und

Unternehmen, das über eine zentrale digitale Plattform koordiniert und mit Sozialpunkten belohnt wird.

Jede dieser Welten setzt bei der Bewältigung staatlicher Aufgaben auf andere Prinzipien. Wie sich dies in der Realität bemerkbar machen würde, sollte mithilfe zweier exemplarischer öffentlicher Leistungen durchgespielt werden. Dafür erarbeiteten die Expert/innen-Teams innerhalb der Szenarien den Prozess der Müllentsorgung und der Prüfung eines Sozialleistungsanspruchs. In diesem Arbeitsschritt zeigten sich wohl die größten Unterschiede zwischen den Verwaltungswelten.

Die alternativen Welten sind kritisch zu evaluieren. Aus den Erkenntnissen ergeben sich aktuelle Herausforderungen in Bezug auf den Status quo der öffentlichen Verwaltung. Die Studie stellt dazu etliche Fragen und liefert abschließend potenzielle Antworten in Anbetracht der Erkenntnisse aus den verschiedenen Welten.

Lesen Sie [hier](#) die gesamte Studie.

AFN mit neuem Angebot

(BS) Das Fernsehen mit seinem festen Programm und Zeitabläufen geht seinem natürlichen Ende entgegen. Da die meisten Streitkräfte zum großen Teil aus jüngeren Menschen bestehen, merken diese die neuen Informationsmethoden deutlich schneller als staatlich sub-



US-Soldaten bauen während der Übung Saber Strike in Lettland die Sendeantenne für das taktische mobile Funk- und Fernsehsystem American Forces Network Europe auf. Foto: BS/U.S. Army, Chris Seaton

ventionierte Öffentlich-Rechtliche. Die US-Streitkräfte, genauer deren weltweites Netz von Hörfunk- und Fernsehsendern namens American Forces Network (AFN), reagieren auf die neuen Lebensgewohnheiten und arbeiten an einer App, die Video-on-Demand- und Livestreaming-Dienste anbietet. Die neue App "AFN Now" soll im Herbst dieses Jahres auf den Markt kommen. Der Download und die Nutzung wird für Angehörige der Streitkräfte, deren Familien sowie pensionierte Soldaten, die im Ausland leben, kostenlos sein.

Da immer mehr Militärangehörige ihre Programme über Apps konsumieren, war es nach Ansicht der Verantwortlichen der Defense Media Activity nur logisch, mit der Zeit zu gehen. "Wenn wir unseren Befehlshabern den entsprechenden Raum bieten wollen, in dem sich das Publikum aufhält, müssen wir dort sein, wo das Publikum ist", sagte der Direktor des AFN Broadcast Center, Michael Drumheller. "Dies ist eine Möglichkeit, die von den Zuschauern in der Vergangenheit angefragt wurde und die wir nun erfüllen können."

Die Unterhaltung der Soldatinnen und Soldaten soll dabei kein Selbstzweck sein, sondern die Aktivitäten von AFN stärken, damit auch wichtige Informationen dank der App

wahrgenommen werden. So ließen sich Programme kurz – wie bei Werbung – für wichtige Befehlsinformationen unterbrechen. Oder wenn eine größere Änderung beim Air Force Senior Noncommissioned Officer Corps geschieht, dann könnte diese Information speziell an die Senior NCOs der U.S. Air Force gesendet werden, die sich in der App registriert haben.

Die Akzeptanz der App steht und fällt allerdings mit deren Nutzung – und dafür ist der Sport ein entscheidendes Kriterium. Die Programme der Major League Baseball, der Major League Soccer, der National Hockey League, der NASCAR und der IndyCar werden als On-Demand-Angebot verfügbar sein, sagte Kareem Lowe, Fernsehdirektor des AFN Broadcast Center.

Er hofft zudem, dass die National Football League, die National Basketball Association und die Ultimate Fighting Championship vor dem Start der App oder kurz danach an Bord ebenfalls ihr OK geben. Offizielle Vertreter des Verteidigungsministeriums sagten, die Unterhaltungsindustrie habe AFN seit dem Zweiten Weltkrieg sehr großzügig unterstützt, aber das Verteidigungsministerium müsse seinen Teil dazu beitragen, um sicherzustellen, dass nur berechnete Personen Zugang zu den Inhalten haben.

DIGITALER STAAT ONLINE EXPERTISE.

Wege zum zukunftsstarken Servicecenter der öffentlichen Hand

Freitag, 26. August 2022, 10:30 – 12:00 Uhr



Harald Brüning
Sales Development Bund, Bechtle



Florian Bettges
Leiter GreenLake Cloud Services Category-Team der DACH Region, HPE

Trotz Arbeitskräftemangel Cyber-Kriminellen einen Schritt voraus bleiben – geht das?

Freitag, 2. September 2022, 10:30 – 12:00 Uhr



Tanja Hofmann
Senior Security Engineer, Trellix



Andreas Groß
Senior Manager Presales, Trellix

Schnelles Filesharing mit Bürgern? Aber sicher! Unbürokratisch und immer verschlüsselt

Mittwoch, 7. September 2022, 10.30 – 12.00 Uhr



Constanze Sedmaier
Sales Managerin, FTAPI



Nikolai Mayer
Technical Sales Consultant, FTAPI Software GmbH

Verwaltungsabläufe Ende-zu-Ende digitalisieren mit integrativen Plattformen

Freitag, 9. September 2022, 10:30 – 12:00 Uhr



Stefan Fischer
Leitung Öffentliche Verwaltung, ServiceNow



Thomas Mandel
Solution Specialist Public Sector, Media Solutions, ServiceNow



Stephanie Berlin
Leitung Solution Consulting Öffentliche Verwaltung, ServiceNow



Amy Koenigs
Solution Consultant, ServiceNow

Bundes-CIO besucht Bremens IT-Garage

(BS) Der Beauftragte der Bundesregierung für Informationstechnik, Staatssekretär Dr. Markus Richter, besuchte jüngst die IT-Garage des Senators für Finanzen und zeigte sich begeistert von der Kreativität der Mitarbeitenden. Das sei nicht nur in einem Dienstplan aus Legosteinen abzulesen, der immer zeigt, wer gerade im Dienst, im Urlaub oder im Homeoffice ist. Das zeige sich auch an der Einrichtung aus Sofas, Sesseln und Möbeln aus Paletten. Und es zeigt sich an den Lösungen, die die Kolleginnen und Kollegen hier finden, damit die Verwaltung digitaler wird, ergänzt Finanzstaatsrat Dr. Martin Hagen.

Bremen hat mit dem Themenfeld "Familie und Kind" ein zentrales Feld bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) übernommen und bekommt vom Bund dafür Mittel in Höhe von 134 Millionen Euro. 60 IT-Fachleute arbeiten hier an digitalen Lösungen, die es Familien einfacher machen werden, staatliche Leistungen zu bekommen. Ob es der Online-Antrag für das Elterngeld oder die Namensänderung nach Eheschließung per Mausklick ist – Bremen entwickelt Online-Lösungen nicht nur für Bremer Eltern. Dazu erklärte Bundes-CIO Richter: "Die OZG-Umsetzung ist eine Herausforderung, die wir gemeinsam bewäl-

tigen. Dabei stehen nutzerfreundliche Lösungen für uns an erster Stelle. Die Freie Hansestadt Bremen ist wichtiger Impulsgeber, wie die Projekte ELFE (Einfache Leistungen für Eltern) und das Datenschutzcockpit belegen."

Kurz vor Abschluss befindet sich das Projekt "Digitale Beschaffung und Vergabe". Unternehmen sollen künftig online zertifiziert werden und damit

an Ausschreibungen der öffentlichen Hand teilnehmen können. "Der gesamte Vergabeprozess wird so schlanker und weniger bürokratisch. Mehr Unternehmen werden sich künftig auf öffentliche Aufträge bewerben", ist sich Finanzstaatsrat Dr. Martin Hagen sicher. Diesen Online-Dienst stellt Bremen bereits den anderen Bundesländern zur Nachnutzung bereit.

Zahlreiche Leistungen bieten die Stadt und das Land bereits online an. Einige Leistungen nutzen die Bürgerinnen und Bürger be-



Finanzstaatsrat Dr. Martin Hagen (links) zeigt Staatssekretär Dr. Markus Richter (rechts) den Dienstplan aus Legosteinen.

Foto: BS/Finanzressort Freie Hansestadt Bremen

reits sehr gut, zum Beispiel, wenn sie einen Anwohnerparkschein oder eine Sondernutzung ihrer Straße beantragen möchten. Auch die Online-Terminvergabe auf www.service.bremen.de wird gut angenommen. "Andere Angebote freuen sich aber noch über weitere Nutzerinnen und Nutzer", stellt Dr. Martin Hagen fest. "So meldet zum Beispiel nur jede vierte Hundehalterin und Hundehalter den Hund online an oder ab. Hier müssen wir unser tolles digitales Angebot bekannter machen."

CYBER WOMEN 2022

Das Event für Frauen der IT-Sicherheit

SAVE
THE
DATE

22.
SEPTEMBER
2022

MÜNCHEN

HAUS DER
BAYERISCHEN
WIRTSCHAFT

Wege zum zukunftsstarken Servicecenter der öffentlichen Hand

(BS/Harald Brüning*) Die Digitalisierung und der nachhaltige Umgang mit Ressourcen sind feste Bestandteile vieler Haushaltsplanungen im Öffentlichen Dienst. Um diese Themenbereiche vollumfänglich abzudecken und weiterzuentwickeln, sind neue Ansätze im IT-Umfeld unabdingbar.

Der Effizienz und Nachhaltigkeit wird man – bedingt durch eine neue, notwendige Agilität – über klassische Beschaffungsmethoden, die versuchen, den IT-Bedarf der nächsten drei bis fünf Jahre zu antizipieren, immer weniger gerecht. Neue skalierbare Bezugsmodelle, die eine verbrauchsorientierte Abrechnung von IT-Ressourcen beinhalten, gewinnen an Bedeutung und schaffen die so oft geforderte Nähe von der IT an die Entwicklung der einzelnen Fachbereiche.

Durch die Kombination von klassischer IT-Infrastruktur und neuen Services (wie IaaS, SaaS, PaaS) im Infrastrukturmanagement werden zudem höhere Sicherheitsstandards ermöglicht, als sie in traditionellem Infrastrukturmanagement umgesetzt und realisiert werden konnten. Die Datenhoheit bleibt damit nicht nur erhalten, sondern die Datenhaltung gestaltet sich sicherer als zuvor.

Die veränderten Betriebs- und Beschaffungsmodelle ermöglichen neben allen bisher genannten Vorteilen zudem die einfache Umsetzung von internen Kostenverrechnungen und damit zukunftsorientierten Haushaltsplanungen. Experten von Bechtle und HPE werden im Webinar auf oben genannte Veränderungen eingehen

und Wege sowie Lösungen aufzeigen, welche ihnen helfen, die Digitalisierung im Öffentlichen Dienst nachhaltig zu unterstützen.

**Harald Brüning ist bei Bechtle verantwortlich für Sales Development Bund.*

Partner-Webinar

(BS) Gemeinsam mit Bechtle und Hewlett Packard Enterprise veranstaltet der Behörden Spiegel am Freitag, den 26. August von 10:30 bis 12 Uhr ein Partner-Webinar zum Thema "Wege zum zukunftsstarken Servicecenter der öffentlichen Hand". Weitere Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung gibt es online unter diesem [Link](#).

NRW beteiligt sich nicht an einheitlicher Online-Anzeige

(BS) Der Freistaat Sachsen hat im Rahmen der bundesweiten Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) die Themenfeldführung für den Bereich "Recht und Ordnung" übernommen. Dazu gehört auch die Möglichkeit zur Online-Anzeige. Diese wird nun als "Einer-für-Alle-Lösung" (Efa) angeboten. Dabei stützt man sich auf die vorhandene Technik aus dem Saarland und Rheinland-Pfalz ([siehe auch Titelstory des vergangenen Newsletters](#)). Unter anderem die nordrhein-westfälische Polizei wird sich hieran aber nicht beteiligen.

Aus dem Düsseldorfer Innenministerium heißt es dazu, dass die Landespolizei die Weiterentwicklung der eigenen Online-

Anzeige bereits vor der Initiierung des OZG-Umsetzungsprojektes durch den Freistaat Sachsen vorangetrieben habe. Ziel sei es dabei gewesen, den Prozess der Anzeigengenerierung und -bearbeitung effizienter und medienbruchfrei zu gestalten. Projektziele seien hier unter anderem eine benutzerfreundliche Präsentationsebene sowie die medienbruchfreie Anbindung der Online-Anzeige der nordrhein-westfälischen Polizei an das eigene Vorgangsbearbeitungssystem ViVA gewesen.

Nach der Teilnahme an Informationsveranstaltungen und Workshops habe sich dann jedoch gezeigt, dass eine bedarfsgerechte Anbindung der Efa-Lösung an ViVA

im Rahmen der gesetzlichen Frist unrealistisch sei. Aus diesem Grunde und wegen der fortgeschrittenen Weiterentwicklung der eigenen Online-Anzeige sei dann die Entscheidung getroffen worden, dass derzeit kein Nachnutzungsinteresse an der vom Land Sachsen entwickelten Efa-Lösung bestehe.

Bundespolizei prüft

Bei der Bundespolizei hingegen läuft noch der Prüfprozess. Einen kleineren Probelauf gab es hier bereits in Hamburg. Allerdings ist hier die nur eingeschränkte Zuständigkeit der Bundespolizei als Sonderpolizei des Bundes zu berücksichtigen.

Digitale Verwaltung
Rheinland-Pfalz 2022

Wandeljahre gestalten
 Beschäftigte und Behörden auf dem Weg ins 4.0-Zeitalter

10. Oktober 2022 | Mainz

Behörden Spiegel

Grafik: BS/Hoffmann unter Verwendung von stock.adobe.com, Parititan

Österreichischer Hate Crime-Jahresbericht veröffentlicht

(BS) Im Jahr 2021 wurden in der Republik Österreich 5.464 vorurteilsmotivierte Straftaten erfasst. Die polizeiliche Aufklärungsquote in diesem Bereich lag bei 68,8 Prozent. Sie ist höher als der allgemeine Durchschnitt aufgeklärter Delikte.

Da eine Tat mehrere Vorurteilsmotive haben kann, übersteigt die Zahl der dokumentierten Vorurteilsmotive die Gesamtsumme der strafbaren Handlungen. Insgesamt wurden in der Erfassungsperiode 6.619 Vorurteilsmotive dokumentiert. Wie bei der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) werden nur solche Straftaten einbezogen, deren polizeiliche Ermittlungen bereits abgeschlossen worden sind.

Am meisten vorurteilsmotivierte Straftaten wurden in absoluten Zahlen in Wien

(1.451), Oberösterreich (1.006) und Niederösterreich (809) verzeichnet. Relativ zur Wohnbevölkerung gab es jedoch am meisten Fälle in Salzburg, Wien und Oberösterreich. Vorurteilsmotivierte Straftaten werden in der Alpenrepublik in neun Motiven kategorisiert: Weltanschauung (2.052 Fälle in 2021), nationale/ethnische Herkunft (1.874), Religion (750), Hautfarbe (408), sexuelle Orientierung (376), Geschlecht (354), sozialer Status (287), Alter (266) und Behinderung (252).

Verglichen mit der allgemeinen Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 2021 waren die erfassten Tatverdächtigen bei Hate Crimes häufiger Jugendliche und männliche Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft. Außerdem auffällig war bei antisemitisch motivierten Hate Crimes der hohe Anteil ermittelter Online-Straftaten, vor allem von Verhetzungen und antisemitischen Bildbotschaften.

Innenminister Gerhard Karner betonte: "Durch die strukturierte Erfassung von vorurteilsmotivierten Straftaten leistet die Polizei einen wichtigen Beitrag für das demokratische Zusammenleben in Österreich. Entscheidend ist aber vor allem das konsequente Vorgehen der Polizei gegen derartige Straftaten. Vor allem im Zuge der Versammlungen der Corona-Maßnahmengegner wurden zahlreiche Strafanzeigen wegen Verharmlosung des Holocaust erstattet."

Der gesamte Bericht ist online unter diesem [Link](#) abrufbar.

Der gesamte Bericht ist online unter diesem [Link](#) abrufbar.

Neue Anlaufstelle bei Hass in Netz online

(BS) Hass und Hetze im Internet sind ein immer noch wachsendes Problem. Das Landeskriminalamt Baden-Württemberg (LKA BW) hat dagegen die "Initiative Toleranz im Netz" als zentrale Anlaufstelle online gebracht. Die Seite bietet Informationen und Kontakte für Betroffene.

Hintergrund ist, dass die Zahl der Hassverbrechen seit 2020 stetig steigt. Allein im "Ländle" registrierte die Polizei rund 900 Fälle. Fast die Hälfte fand im Internet statt. Von einem großen Dunkelfeld ist auszugehen. "Immer wieder und gerade im Netz müssen wir leider erleben: Aus hasserfüllten Gedanken werden Worte und aus Worten werden Taten", sagte der stellvertretende Ministerpräsident und Innenminister von Baden-Württemberg, Thomas Strobl

(CDU). Hetze im Netz vergiftete die ganze Gesellschaft. Auch die Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hat in der neuen Cyber-Sicherheitsagenda Maßnahmen gegen Hasskriminalität im Internet angekündigt.

"Mit dem Start der zentralen Anlaufstelle "Initiative Toleranz im Netz" haben Betroffene eine Anlaufstelle, bei der die erforderliche Hilfe und Beratung schnell und einfach zugänglich ist", erklärt Strobl den Ansatz der neuen Webseite. Hauptsächlich enthält sie Links zu verschiedenen Anzeige- und Meldemöglichkeiten, aber auch zu Hilfsangeboten.

Task Force gegen Hass und Hetze

Die Seite ist eines der Projekte der Task Force zur Bekämpfung von Hass und Hetze,

die im LKA BW sitzt. Zur Task Force gehören neben dem LKA auch die Landesanstalt für Kommunikation, die Landeszentrale für politische Bildung, das Landesamt für Verfassungsschutz, das Institut für Bildungsanalysen, das Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung, das Demokratiezentrum sowie das Landesmedienzentrum.

"Die Task Force steht gemeinsam mit weiteren Netzwerkpartnern für das immanente gesellschaftliche Bündnis – von der Bildung über die Prävention bis hin zur Repression. In den letzten Wochen haben wir bestehende präventive wie repressive Ansätze gesammelt, ausgewertet, strukturiert, Synergien erzielt und vernetzt", berichtet Andreas Stenger, der Präsident des LKA BW.



*Informationssicherheit in den Kommunen fördern
vorausschauend – verlässlich – vernetzt*

**Hannover Congress Centrum,
Niedersachsenhalle**

**CyberSicherheitsTag
Niedersachsen 2022**
31. August 2022

E-Payment in den meisten Kommunen etabliert

(BS) 46 Prozent der Kommunen sind nach wie vor nicht gut auf die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) vorbereitet. Das zeigt die neue, repräsentative Studie "E-Payment und kommunales Finanzmanagement". Herausgeber der Studie ist S-Public-Services, das Kompetenzcenter für E-Government der Sparkassen-Finanzgruppe, gemeinsam mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund, unterstützt durch den Sponsor Visa. Durchgeführt wurde die Studie durch das Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge e.V. an der Universität Leipzig.

E-Payment: Große Unterschiede zwischen den Kommunen

Mittlerweile bieten zwar 81 Prozent der Städte und Gemeinden E-Payment für mindestens einen Bürgerdienst an, die Mehrzahl der Kommunen stellt E-Payment jedoch nur für einen kleinen Teil der Bürgerdienste zur Verfügung. Insgesamt schätzen die meisten Kommunen das Potenzial von E-Payment aber als deutlich höher ein. Auch die Höhe der über E-Payment abgewickelten Gebühren sei insgesamt noch deutlich ausbaufähig.

Als Gründe für die in Teilen verhaltene Nutzung nennen Kommunen unter anderem die fehlende, interne Akzeptanz oder zu langsame Prozesse in kommunalen Rechenzentren. Gleichzeitig nehmen einzelne Kommunen bereits Gebühren in siebenstelliger Höhe via E-Payment ein. Auffällig sei, dass die Höhe der digitalen Transaktion nicht mit der Größe der jeweiligen Kommune kor-

reliere. Zudem steigen die Personalkosten für das Management von Bargeld und Überweisungen in größeren Kommunen überproportional an.

Meistgenutzte Bezahlverfahren: giropay/paydirekt

Kreditkarten wie Visa oder Mastercard sind zur Onlinebezahlung von Gebühren in mehr als der Hälfte der befragten Kommunen bereits eingebunden.

Auch greifen immer mehr Kommunen auf den US-amerikanischen Bezahlendienst PayPal (42 Prozent) zurück. Das mit Abstand meistgenutzte Bezahlverfahren bleibt aber giropay/paydirekt (65 Prozent). Letzteres unter anderem aufgrund der gegebenen Zahlungseingangsgarantie, die für 89 Prozent der befragten Kommunen ein essenzielles Kriterium ist.

Bankdarlehen und Kommunalkredite dominieren die Finanzierung

Um den Unterhalt der bestehenden Infrastruktur und die Sozialabgaben mit aufzufangen, nutzen Kommunen – unabhängig von der Gesamtverschuldung – überwiegend Einzelkredite zur Finanzierung. Nur 57 Prozent der befragten Kommunen setzen hierbei auf ein aktives Portfoliomanage-



Zwar bieten 81 Prozent der befragten Kommunen E-Payment an, jedoch nur für einen kleinen Teil der Bürgerdienste.

Foto: BS/Maria, pixabay.com

ment. Auffällig ist, dass besonders hoch verschuldete Kommunen (83 Prozent) ein aktives Zins- und Schuldenmanagement betreiben.

"Unsere Studie zeigt, wie wichtig E-Payment für ein nachhaltiges und digitalisiertes Finanzmanagement in den Kommunen ist. Gerade in den Bereichen, in denen Gebühren häufiger anfallen, sind die Potenziale zur Kostenreduktion am höchsten. So sieht es eine überwältigende Mehrheit der Kommunen, auch vor dem Hintergrund der bereits vollzogenen Zinswende", kommentiert Ralf Linden, Geschäftsführer von S-Public Services, die Ergebnisse.

Die Studie "E-Payment und kommunales Finanzmanagement" steht [hier](#) zum Download zur Verfügung.



Zukunft – Stadt und Region

Eine Veranstaltungsplattform
des Behörden Spiegel

**Auftakt zur Diskussionsreihe:
Kommunen 2.0**
smart und nachhaltig

10.8.2022, 14.00 – 15.30 Uhr

 Mehr unter: www.neuestadt.org



Grafiken © VectorMine, stock.adobe.com

Nahles tritt Vorstandsvorsitz bei BA an

(BS) Die frühere Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Andrea Nahles (Foto), hat zum 1. August den Vorstandsvorsitz der Bundesagentur für Arbeit (BA) übernommen. Sie folgt damit Detlef Scheele, der nach sieben Jahren im Vorstand der BA aus Altersgründen aus dem Amt scheidet. Seit Mai hat Nahles im Rahmen ihrer Einarbeitungsphase verschiedene Regionaldirektionen, Arbeitsagenturen und Jobcenter besucht, um sich vor Ort ein Bild der Lage zu machen. In ihren Zuständigkeitsbereich als Vorstandsvorsitzende fallen sowohl der Haushalt als auch die IT, das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) sowie alle strategischen Belange.



Foto: BS/SPD-Fraktion, Susi Knoll

Neue Abteilungen in Berliner Verwaltung

(BS) Zum 1. August 2022 wurde in der Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport eine neue Abteilung zur Verwaltungsmodernisierung und -steuerung eingerichtet. Während sich die bereits bestehende Abteilung V für IKT-Steuerung, Digitalisierung der Verwaltung und Bürgerdienste zukünftig den laufenden Betriebsaufgaben widmen wird, wird die neue Abteilung für die Weiterentwicklung der Digitalisierung und Modernisierung der Verwaltung zuständig sein.

Dazu sagte Innensenatorin Iris Spranger: "Damit stellt sich die Innenverwaltung leistungsfähiger und breiter auf, um dem besonderen Schwerpunkt Digitalisierung und Modernisierung der Berliner Verwaltung in dieser Legislaturperiode gerecht zu werden. Mit der Aufteilung der klassischen Aufgaben der IKT-Steuerung und der in die Zukunft gerichteten Modernisierungs- und Entwicklungsvorhaben können wir die Herausforderungen der Modernisierung der

Berliner Verwaltung mit der notwendigen Durchschlagskraft angehen. Damit haben wir die besten Voraussetzungen geschaffen, um prioritäre Vorhaben wie den Ausbau der Onlinedienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, das 14-Tage-Ziel bei den Bürgerämtern und die flächendeckende Einführung der digitalen Akte in der Berliner Verwaltung umzusetzen."

Als zuständiger Staatssekretär verantwortet Dr. Ralf Kleindiek, Chief Digital Officer des Landes Berlin, die beiden neuen Abteilungen: "Mir war es wichtig, die gesamtstädtische Steuerung der Verwaltungsdigitalisierung zu stärken, damit uns große Vorhaben, wie die Zentralisierung der gesamten IT beim ITDZ gelingen. Gleichzeitig will ich in der Funktion des CDO die Themen Digitalisierung und Verwaltungsmodernisierung stärker miteinander verbinden und damit die Transformation der Verwaltung steuern. Die beiden neuen Abteilungen leisten dafür einen wichtigen Beitrag."

DAS E-JOURNAL.

Dein Newsfeed. Dein Ratgeber.
Deine Plattform für den
Öffentlichen Dienst von morgen.
www.f4p.online



Behörden Spiegel NEWSLETTER & PODCASTS

(BS) In den aktuellen Ausgaben unserer weiteren Newsletter und Podcasts finden Sie u. a. folgende Themen:

NEWSLETTER

Newsletter "Netzwerk Sicherheit"

01. August:

- Vereinbarung zur Online-Wache
- Bahnhofssicherheit im Feldversuch
- Jetbikes für Berlin

Newsletter "Rettung. Feuer. Katastrophe" 28. Juli:

- Weiterer "Neustart" eingeleitet
- Sorgenkind Warnung - diesmal Cell Broadcast
- Resilienz und Resistenz fehlt

Newsletter "Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik" 01. August:

- New Force Model der NATO
- Deutsche Lieferungen an die Ukraine
- Militärischer Video- und Streamingdienst
- A400M als Feuerlöschflugzeug

E-JOURNAL FUTURE4PUBLIC

- Byte, die bayerische Digitalagentur, stellt sich vor

PODCASTS

Podcast "Public Sector Insider"

02. August:

- Wackens Bürgermeister Axel Kunkel spricht über das berühmte Heavy-Metal-Festival in seiner Kommune.
- Kommentar: Piloten im Beamtenbund? Die Vereinigung Cockpit soll Mitglied beim DBB Beamtenbund und Tarifunion werden.
- Recherche: Hoodie statt Flecktarn? Eine eigene Uniform für das Kommando CIR?

Podcast "Public Sector Insider Stichwort" 27. Juli:

- Im Interview zum Stichwort "OZG-Booster": Dr. Hartmut Schubert, CIO des Freistaats Thüringen

Podcast "Voices in Defence"

29. Juli:

- Im Fokus der Folge: Ukraine's PR Army (in English)

DIGITALER  STAAT
ONLINE

PARTNER
WEBINAR.
www.digitaler-staat.online



Jetzt kostenfrei anmelden!

16. August 2022: Spot|On|IT-Security: Sichere Netze

10:30 Uhr: **Diskussionsrunde**

In der Ausgabe von Spot|On|IT-Security möchten wir folgende Fragen klären:

Wie resilient sind unsere Netze? Wie sieht die Strategie für den künftigen Ausbau aus, um dem steigenden Bedarf gerecht zu werden?

Welche Bedarfsträger sollten durch die Netzstrategie 2030 zuerst profitieren?

Braucht es eine Zero Trust-Architektur bei den Netzen des Bundes?

Moderation: **Dr. Barbara Held**, Redaktion, Behörden Spiegel

Matthias Görtz, Chief Technology Officer, BWI GmbH

Olaf Erber, Leiter des Fachbereichs für Informationssicherheit der konsolidierten Bundes-Rechenzentren und –Netze, Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI)

Stefan Salz, Abteilungsleiter Informationstechnik; IT-Management, Bundesverwaltungsamt

Marco Gräf, Abteilungsleiter Applikationsbetrieb, ITZBund

Weitere Veranstaltungen

12.08.2022	13:00–14:00 Uhr	Interview mit dem Innenminister des Saarlandes Reinhold Jost
26.08.2022	10:30–12:00 Uhr	Wege zum zukunftsstarken Servicecenter der öffentlichen Hand
02.09.2022	10:30–12:00 Uhr	Trotz Arbeitskräftemangel Cyber-Kriminellen einen Schritt voraus bleiben
06.09.2022	10:30–12:00 Uhr	Spot On IT-Security: IT-Sicherheit beim automatisierten Fahren
07.09.2022	10:30–12:00 Uhr	Schnelles Filesharing mit Bürgern? Aber sicher! Unbürokratisch und verschlüsselt
09.09.2022	10:30–12:00 Uhr	Verwaltungsabläufe Ende-zu-Ende digitalisieren mit integrativen Plattformen
14.09.2022	10:30–12:00 Uhr	OZG-Leistungen bis in die Fläche mit dem Marktplatz für eFA-Leistungen
19.09.2022	10:30–12:00 Uhr	Spot On IT-Security: Datenhygiene & Schatten-IT

 www.facebook.com/digitalerstaat

 [twitter #digistaat](https://twitter.com/digistaat)

 www.instagram.com/digitaler_staat

Impressum

Herausgeber und Chefredakteur von "Behörden Spiegel Newsletter Digitaler Staat und Cyber Security" und verantwortlich i.S.d.P.: Uwe Proll.

Redaktionelle Leitung: Guido Gehrt, Matthias Lorenz. Redaktion: Marco Feldmann, Dorothee Frank, Jörn Fieseler, Benjamin Hilbricht, Malin Jacobson, Bennet Klawon, Lora Köstler-Messaoudi, Dr. Gerd Portugall, Dr. Eva-Charlotte Proll, Sven Rudolf, Paul Schubert. Online-Redaktion: Ann Kathrin Herweg, Tanja Klement, Tim Rotthaus. Redaktionsassistentz: Kerstin Bauer, Kirsten Klenner.

ProPressVerlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970, Telefax: 0049-228-97097-75, E-Mail: redaktion@behoerdenspiegel.de; www.behoerdenspiegel.de. Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr. :DE 122275444 - Geschäftsführerin: Helga Woll.

Vorsitz Herausgeber- und Programmbeirat: Dr. August Hanning, Staatssekretär a.D.; Reimar Scherz, BrigGen. a.D. Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von "Behörden Spiegel Newsletter Digitaler Staat". Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten ("Links"), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.